

Volksrecht

für Schlessen • Organ für die werktätige Bevölkerung

Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 6 mal mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“ und ist durch die Haupt-Expedition Flurstraße 4/6, Matfiasstraße 100, sowie durch alle Ausdräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.32 Reichsmark + 8 Pfennig Trägerlohn = 0.43 Reichsmark, monatlich 1.55 Reichsmark + 35 Pfennig Trägerlohn = 1.90 Reichsmark. Durch die Post einschließlich Zustellungsgebühren 2.26 Reichsmark.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen 10 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, 6 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haus abgegeben werden. — Fernsprech-Anschluss: Geschäftskasse Postfachkonto: Breslau 5852. Bankkonto: Bank der Arbeiter.

17 Pf. Anzeigen unter mung- und Wohnungs- en für die nächste Nummer de 4/6 oder in der Zweigstelle 217 39, Redaktion Nr. 217 35, a und Beamten, Postfach Breslau.

Einzelnummer 10 Pf.

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2 — Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

Einzelnummer 10 Pf.

43. Jahrgang

Dienstag, den 22. November 1932

Nr. 274

Hitler an der Kette Hindenburgs

Hitler darf verhandeln, ob er eine Mehrheit für sich findet — Aber unter Bedingungen, die neuen Verrat der Nazis an den Arbeitern, Angestellten und Erwerbslosen voraussetzen — Rückfragen Hitlers Ist die Kombination Hitler schon erledigt — Wer betrügt wen?

Der Kuhhandel um die „nationale Konzentration“ geht weiter. Der grundsätzliche Gegner des Parlamentarismus, Adolf Hitler, hat sich geandert. Er zeigt die Möglichkeit zur Bildung einer parlamentarischen Mehrheitsregierung unter seiner Führung zu prüfen. Einen entsprechenden Auftrag, den ihm der Reichspräsident am Montag erteilte, hat er entgegen allen Erwartungen keineswegs abgelehnt.

Hindenburgs Auftrag an Hitler lautet festzustellen, „ob und unter welchen Bedingungen eine von ihm geleitete Regierung eine sichere arbeitssfähige Mehrheit mit einheitlichem Arbeitsprogramm im Reichstag finden würde.“ Die Formulierung dieses Auftrages war ebenso wie die Formulierung der Hitler von Hindenburg in die Hand gebrachten besonderen Bedingungen bereits am Sonntag erfolgt. Diese Bedingungen besagen mehr oder weniger, daß die Deutschnationalen der „höheren Mehrheit“ unter allen Umständen angehören müssen, daß Verbindungen dieser Mehrheit mit anderen politischen Parteien wie beispielsweise während des Berliner Verberichts zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten zu unterbleiben haben, die Wirtschaftspolitik der Papen-Barone fortgesetzt werden und eine Abänderung des Artikels 48 durch Zweidrittelmehrheit ausgeschlossen sein muß. Schließlich soll noch die Kontinuität der Wehr- und Außenpolitik gewährleistet werden. Also Schleicher und Neurath sollen bleiben.

Wer diese Bedingungen formuliert hat, ist nicht schwer zu erraten. Sie sind Geist vom Geiste der Hugenberg- und der Papen-Barone. Vielleicht war Hugenberg nicht persönlich dabei, als sie formuliert wurden, aber daß er von ihnen gewußt, bevor Hitler sie kannte, das steht außer allem Zweifel. Die Beziehungen des Herrn von Papen zu Hugenberg sind zu eng, als daß der eine dem anderen in letzter Zeit etwas verschwiegen hätte. Nur ist für uns die Frage offen, wer von beiden in diesen Tagen mehr auf den Reichspräsidenten gegen Hitler eingewirkt hat und ob die Bedingungen an Hitler am Sonntag in Gegenwart des Herrn von Papen in der Reichskanzlei oder im Büro des Reichspräsidenten ihren letzten Guß erhielten. Daß insbesondere Herr von Papen dabei war, dürfte er selbst am wenigsten bestreiten wollen. Er hat seit jeher nach dem Grundsatze gehandelt, daß eine Sache der andere Wert ist.

Hitler hat den Ball, den ihm Hindenburg zugeworfen hat, am Montagabend zurückgeworfen. Er hat die Bedingungen des Reichspräsidenten mit einer Reihe von Fragen an den Staatssekretär Hindenburgs beantwortet, die am Dienstag erledigt werden sollen. Dabei geht es weniger um den Willen, allen Ernstes eine „nationale Konzentration“ zustandzubringen, als darum, wer schließlich der Sündenbock ist, wenn die „nationale Konzentration“ scheitert. Schon die Art, wie die Bedingungen an Hitler zustande gekommen sind, zeigt, welches Spiel um die „nationale Konzentration“ gegenwärtig gespielt wird. Hugenberg will sie nicht. Er will sie unter seinen Umständen unter Hitler. Wenn Hitler dennoch den Auftrag erhielt, den Versuch zu einer Verständigung zu machen, dann nur, um nach außen zum Ausdruck zu bringen, daß auch er nicht in der Lage ist, für die Baronswirtschaft einen zufriedenstellenden Erfolg zu schaffen. Im Lager der Nationalsozialisten ist man sich über das deutschnationale Intrigenpiel völlig im klaren. In der Unterredung, die am Sonntag zwischen dem Reichspräsidenten und den Zentrumsführern Joos und Brüning stattgefunden hat, machte Goering seinem Herzen über die Harzburger Freunde von gestern offenen Luft. Allerdings ließ diese Bepredung nach unseren Informationen auch den Schluß zu, daß ernsthafte Meinungen zu einer Beteiligung der Regierung bei den Nationalsozialisten neuerdings keineswegs mehr besteht. Der Rückschlag bei den letzten Wahlen hat ihren Machtverlust gegenwärtig anscheinend stark gedämpft.

So ist damit zu rechnen, daß das groß angelegte Intrigenpiel um die „nationale Konzentration“ innerhalb 24 oder 48 Stunden wie das Hornberger Schicksal zu Ende geht. Offen bleibt vorläufig nur die Frage: Wer betrügt wen?

Die Bedingungen Hindenburgs für Hitler

Die Bedingungen, unter denen der Reichspräsident Hitler am Montag beauftragt hat, nähere Feststellungen darüber zu treffen, ob die Möglichkeiten einer parlamentarischen Mehrheitsbildung unter seiner Führung gegeben sind, besagen im einzelnen folgendes:

1. Keine Veränderung in der Leitung des Reichswirtschaftsministeriums, um die Stabilität der Wehrpolitik nicht zu gefährden.
2. Keine Veränderung in der Leitung des Außenministeriums, um nicht die schwebenden internationalen Verhandlungen zu stören.
3. Fortsetzung des wirtschaftlichen Erholungsprozesses, der durch das Kabinett Papen eingeleitet worden ist und deshalb keine Aufhebung der wirtschaftlichen Notverordnungen.
4. Vermeidung von Nahrungsexperimenten, die das Gefüge der deutschen Wirtschaft erschüttern könnten.

5. Fortsetzung der Reichsreform unter dem Grundsatze einheitlicher politischer Leitung in Reich und Preußen, deshalb keine Veränderung der Verbindung, die jetzt zwischen preußischer und Reichspolitik hergestellt ist.
6. Durchführung der Gesetzgebung auf dem normalen verfassungsmäßigen Weg, d. h. Gesetzgebung durch den Reichstag mit parlamentarischer Mehrheit und nicht durch Notverordnungen auf Grund des Artikels 48, weil solche Notverordnungen nur ein Ersatz für die normale Gesetzgebung sein können.
7. Keine Bekräftigung der Präsidialgewalt etwa durch Verminderung der Wehrmacht, die im Artikel 48 gegeben sind, d. h. keine Reichsgesetze, die der Anwendung des Artikels 48 durch den Reichspräsidenten Grenzen ziehen.

Berlin, 22. 11. (Eigener Juntbericht).

Der Reichspräsident wird im Laufe des heutigen Tages auf die gestern von Hitler gestellten Rückfragen antworten. Die Fragen selbst sind bisher nicht bekannt. Ueber ihren Inhalt erfährt man aus der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, die sich seit Tagen für eine Reichskanzlerhaft Hitlers einsetzt, folgendes:

Die nationalsozialistische Rückfrage dürfte sich vor allem auf die verfassungsrechtliche Stellung eines künftigen Kabinetts Hitler beziehen. Bei dem Austausch von Schriftstücken der Montag vormittag anlässlich der kurzen Aussprache zwischen Hindenburg und Hitler stattfand, sind nähere Einzelheiten nämlich nicht erörtert worden. Auch die hierbei zum Ausdruck gebrachten Vorbehalte des Reichspräsidenten beziehen sich lediglich auf die Beibehaltung des Wehr- und des Außenministeriums sowie auf den Umstand, daß die neue Regierung sich einer parlamentarischen Methode bedienen soll. Hieraus ist auf der nationalsozialistischen Seite gefolgert worden, daß ein Kabinett Hitler nicht die seinen Vorgängern zu Gebote stehende Möglichkeit besitzen würde, sich in gleicher Weise des Artikels 48 zu bedienen. Die nationalsozialistische Zwischenantwort ist keineswegs, wie von interessierter Seite behauptet wird, in ablehnendem Tone gehalten. Sie bringt gerade die Bereitschaft, positiv mitzuwirken, noch einmal klar zum Ausdruck, genau wie das in einer Niederschrift Hitlers an den Reichspräsidenten geschehen ist, die Montag vormittag überreicht wurde. Wohl aber wird offenbar von nationalsozialistischer Seite eine Klärung darüber gewünscht, ob Hitler ebenfalls nach den Methoden eines reinen Präsidialkabinetts regieren könnte, also mit voller Anwendung des Artikels 48.

In einem Teil der übrigen Presse wird festgestellt, daß Hitler mit seinen Rückfragen den Versuch machen will, durch schriftliche Verhandlungen eine andere Formulierung des ihm erteilten Auftrags zu erreichen. Ferner sieht man in den Rückfragen allgemein das taktische Bemühen der Nationalsozialisten, nicht von sich aus abzulehnen und sich ins Unrecht zu setzen, sondern in der Frageform Bedingungen zu stellen, auf die der Reichspräsident nicht eingehen vermag, so daß das Nein nicht von Hitler, sondern von Hindenburg ausgesprochen wird. Jedenfalls werden die Bemühungen um eine parlamentarische Mehrheitsbildung bereits seit gestern für erledigt gehalten. Demgegenüber stellt Hugenberg „Lokalanzeiger“ fest, daß eine reine Präsidialregierung nach bisheriger Ansicht des Reichspräsidenten die Kanzlerhaft eines Parteiführers nicht möglich macht. Die Kandidatur Hitlers für das Amt des Reichskanzlers dürfte damit bereits als erledigt gelten, noch bevor seine Verhandlungen mit dem Reichspräsidenten offiziell beendet sind.

An der Formulierung der nationalsozialistischen Rückfragen waren übrigens außer dem früheren Reichsbaupräsidenten Dr. Schacht zahlreiche „Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens“ beteiligt. Auch der Generaldirektor der Papen, Dr. Cuno, und andere Vertreter der Wirtschaft weilten am Montag im „Kaiserhof“.

Der „Vorwärts“ meldet in seiner heutigen Morgenausgabe, daß Staatssekretär Dr. Meißner im Auftrag des Reichspräsidenten an die deutschnationalen Herren von Hindenburg, Januschau und von Berg-Martienen eine telegraphische Einladung nach Berlin hat ergehen lassen. Beide Barone hätten am Sonntag längere Zeit mit dem Reichspräsidenten konferiert. Der „Vorwärts“ schließt daraus, daß „neue Barone in Sicht“ sind. Die offiziellen Barone konzentrierten auf eine Neuaufgabe des Kabinetts der Barone los, aber die langwierigsten Verhandlungen, die das parlamentarische System mit sich bringen, seien gelünder, als diese im Dunkel arbeitenden Kräfte, als jenes Intrigenpiel, bei dem der Wille des Volkes ebenso ausgeschaltet ist wie die öffentliche Kontrolle.

In der deutschnationalen Presse wird heute starke Propaganda für eine Verständigung zwischen Hitler und Hugenberg bzw. der Deutschen Volks- (Fortsetzung nächste Seite)

Wapens Spiel mit Hitler

und mit dem deutschen Volk

A. Kr. Der Sinn der gegenwärtigen Regierungskrise im Reich scheint nach den nebenstehenden Mitteilungen über den Verlauf der Verhandlungen recht ziemlich klar zu sein. Unsere Vermutung, die wir von Anfang an hegen, daß die Regierung Papen gar nicht ernsthaft an einen dauernden Rücktritt denke, sondern daß ihr Rücktritt nur ein politisches Manöver sei, um sich für seine Weiterarbeit eine moralische Stütze im deutschen Volke zu verschaffen, daß also nach Verlauf einiger Tage eine neue Regierung der Kreise, die hinter der Regierung Papen standen, ans Ruder kommen würde, scheint sich zu bestätigen, wobei die Frage, ob Papen als Person wiederlehren wird, offenbleiben kann, zumal das ja eine Frage ist, auf die es politisch nicht wesentlich ankommt. Weil wir diese Vermutung hegen, haben wir, als am Donnerstag die Regierung Papen zurücktrat, es von Anfang an sorgfältig vermieden, von einem Sturz der Regierung Papen zu sprechen und den Rücktritt der Regierung als einen Erfolg des Kampfes gegen Papen hinzustellen. Urs kam die Sache gleich nicht geheimer vor.

Wenn man sich die Bedingungen ansieht, die Hitler für den Fall, daß er oder einer seiner Anhänger zum Reichskanzler ernannt werden sollte, um eine Regierung auf parlamentarischer Basis zu bilden, erfüllen muß, so wird einem klar, daß es mit diesen Bedingungen Hitler unmöglich gemacht werden soll, eine solche Regierung zu bilden. Das wird ja auch dadurch bestätigt, daß diejenige Partei, die hinter der Regierung Papen steht, nämlich die Deutschnationalen, sich von den Parteienverhandlungen in den letzten Tagen bisher fast ganz zurückgehalten hat. Sollte Hitler diese Bedingungen Hindenburgs annehmen, und das ist die Voraussetzung dafür, daß er wirklich mit der Regierungsbildung beauftragt wird (wenigstens solange nicht Hindenburg eine Aenderung seiner Stellungnahme eintreten läßt), so muß Hitler und die ganze Nazi-Partei wieder einmal alles das verfeuern, was sie in den letzten Monaten in ihrer Agitation immer wieder gefordert haben. Sie müssen alle ihre Verheißungen brechen und müssen an der gesamten arbeitenden Bevölkerung, seien es die Erwerbslosen, seien es die in Arbeit befindlichen Arbeiter und Angestellten, einen neuen ungeheuerlichen Verrat verüben. Denn die ganze Agitation Hitlers und der NSDAP, gipfelte in den letzten Monaten in der Forderung nach Aufhebung der wirtschaftlichen Notverordnungen vom 14. Juni und vom 4. und 5. September, also nach Aufhebung vor allem des Papen-Planes, ferner in einer Aufhebung des Kommissar-Regimes in Preußen. In den Bedingungen aber wird verlangt, daß Hitler und die Seinen von vornherein auf diese Forderungen verzichten. Ferner wird in den Bedingungen Hitler auf die rein parlamentarische Regierungsführung verwiesen und ihm die Möglichkeit eines Regierens mit dem Artikel 48 vorenthalten. Eine etwaige Regierung Hitler oder Fried soll also nur parlamentarisch regieren. Damit würden die Nationalsozialisten aber völlig abhängig von ihren Partnern in der Koalition, dem Zentrum und den Deutschnationalen, ferner auch der Deutschen Volkspartei; d. h. die neue Regierung Hitler oder Fried könnte immer nur eine Wirtschafts- und Sozialpolitik treiben, die von den Interessen des Kapitals diktiert wäre. Wenn Hitler sich dem beugt und in diese politische Linie einschwenkt, um an die Macht zu gelangen, so wird er sich damit also endgültig völlig dem Großkapital verschreiben und gegen die arbeitende Bevölkerung stellen, und er wird dabei außerdem parlamentarisch verantwortliche bleiben und muß diese seine Politik dann also vor der Wählerchaft vertreten. Es scheint in der Tat bei der Nationalsozialisten ein starkes Gefühl dafür vorhanden zu sein, daß das der reine politische Selbstmord der NSDAP wäre. Aus diesem Grunde scheinen, wie nach den nebenstehenden Mitteilungen anzunehmen ist, die Verhandlungen Hitlers kaum von Erfolg zu sein und scheint auch die Regierung der Nationalsozialisten, auf dieser Basis die Regierungsbildung zu übernehmen, nicht sehr groß zu sein. Freilich ist sich die NSDAP entsprechend ihrer widersprüchlichen Zusammenlegung in dieser Beziehung wohl jetzt auch nicht ganz einig. Es scheinen in der NSDAP auch

fest nicht unerhebliche Gruppen vorhanden zu sein, die ent-

in etwas anderer Zusammenfassung, zurückkehren und auf ihre

daß die Regierung Papen auf die Dauer einen wirklichen Erfolg

Es wäre übrigens verlogene Demagogie, wenn die Nazis

Natürlich wäre auch dieser Nachweis Papens nur ein Schein-

Neues von den „Rettern“ Deutschlands

Verbrechergesinde in der Nazi-Hilfspolizei — SA-Führerschule aufgefliegen — Erschwindelte Ehrenbürgerbriefe für Hitler

Hitler nur 14 Tage im Schützengraben

Welches Gesindel im Paradies Dödenburg von der Naziregierung als Hilfspolizei eingestellt worden

In Rüstingen hatte der in Uniform befindliche Ober-

methoden sprach das Gericht den Matrosen frei. Die Arbeiterkammer

Blau, Medlb., 21. November. (Eigener Drahtbericht.)

Frankfurt a. M., 21. November. (Eigener Drahtbericht.)

(Schluß von Seite 1)

partei gemacht. Das Ziel dieser Propaganda ist die Bildung

danke dieser „nationalen Konzentration“ auch unter der ver-

Bedenken in Bayern gegen die Beauftragung Hitlers

München, 21. November. (Eigener Drahtbericht.)

Berücksichtigt beim Einkauf unsere Inserenten!

Hitler im ganzen Krieg nur 14 Tage im Schützengraben

Wie lange war Hitler im Schützengraben? Das

Imán Kampf um Marokko

Roman von Ramon J. Sender

36 Minuten heftiges Feuer, dann wird es in der Richtung auf

„Natürlich!“ denkt er in plötzlich gewandelter Anschauung, „An-

„Mir ist alles Scheißegal!“ sagt Bianca, der mit anderen zu-

XV. Kapitel

(Fortsetzung folgt.)

Aus der Umgebung

Bürgerkriegsmanöver in Groß-Mochern

Trotz dem vom Reichspräsidenten anbefohlenen Bürgerkriegs manövern die Bürgerkriegsmanöver des Gemeindeführers seines ihre bewährten Provolationen friedlicher Staatsbürger weiter zu treiben und da sie in Breslau sich anscheinend nicht sicher genug fühlen, suchen sie sich die Umgebung der Stadt für ihren Latenzort aus. Herr Landrat Bachmann, der nicht scharf genug die SPD-Funktionäre übermachen kann, hat anscheinend anderes zu tun, als seine Polizeigorgane auf die Überwachung von Nazi-ausschreitungen hinzuwirken.

Am vorigen Sonnabend hatten sie sich den Ort Groß-Mochern zum Schauplatz ihrer Tätigkeit ausgesucht, wahrheitsgemäß, weil an diesem Orte bis jetzt alle Einwohner im Frieden nebeneinander lebten! Gegen 20 Uhr zogen mehrere Kolonnen zu 80 bis 100 Mann singend durch den Ort und lagerten sich bei der bekannten Kaffeebar bei Frau Ullrich, einer armen Proletarierin, wo sie mit warmem Kaffee bewirtet wurden. In Gruppenkolonne wurde das Dorf durchzogen, um soviel wie möglich die Gegner herauszufordern. Allerdings waren die Einwohner klug genug, diese Provolation zu ignorieren und so mukteten sich die Herrschaften damit begnügen, die anwesenden Polizeibeamten zu hänseln. Diese aber ließen sich nicht aus ihrer Reserve heraus-

Wann wird Amtsvorsteher Seel suspendiert?

Herr Seel, derzeit Amtsvorsteher in Meleschitz, sendet uns unter Berufung auf den § 11 des Reichs-Verfassungsgesetzes folgende Begründung zu der unter der obigen Überschrift am 12. 11. 32 erschienenen Notiz:

1. Es ist un w a h r, daß ich als Vorsitzender des Spar- und Darlehensvereines in Meleschitz einem Kreditfuchenden die Zustimmung erteilte, er solle, wenn er Kredit wolle, „dem roten Führer — nämlich dem Genossen Woltow — nicht mehr den Acker machen“.

2. Wahr ist vielmehr, daß ich als Vorsitzender des Spar- und Darlehensvereines in Meleschitz die Kreditgewährung niemals von der politischen Einstellung des Kreditfuchenden abhängig gemacht habe.

Abs. Seel,
Amtsvorsteher.

Berichtigungen nach Paragraph des Pressegesetzes müssen betanntlich unabhängig davon ob ihr Inhalt den Tatsachen entspricht oder nicht, aufgenommen werden.

Diphtherie in Wilken

In Wilken sind über 20 Kinder der Volksschule an Mandelentzündung und Diphtherie erkrankt, so daß auf Anordnung des Kreisarztes die Schule zur Desinfizierung geschlossen werden mußte.

Schottwig, Erwerbslose fordern. Am 18. November sprach hier in einer gutbesuchten Mitgliederversammlung der Eisernen Front der Genosse Junke über den Ausgang der Wahl am 8. November. Reicher Beifall lohnte den 1 1/2 stündlichen Ausführungen. Nach der anschließenden Diskussion und der Behandlung örtlicher Fragen fand folgende Entschließung einstimmig Annahme: Am Sonnabend, dem 18. November, tagten die der Eisernen Front angeschlossenen Vereine in Schottwig, Lokal Breslau. Es wurde beantragt, daß alle Hebel in Bewegung gesetzt werden müssen, um eine Erhöhung der Mu, sowie Ku und W bald eingereicht wird. Herr von Papen hat den Mu-Empfängern eine höhere Unterstützung in Aussicht gestellt. In der Praxis bleibt es jedoch bei den alten Sätzen. Die W.-Richtsätze sind selten so niedrig als im Kreise Breslau, die Lebenshaltung teurer als in der Großstadt. Selbst deshalb muß bald in eine erneute Prüfung der Richtsätze eingetreten werden, falls man nicht die Menschen zur Verzweiflung treiben will. Von unseren Vertretern in allen Körperschaften fordern wir, daß in diesem Sinne gearbeitet wird.

Domsrau. Tragödie einer Mutterpflicht? Frühmorgens fanden hier Arbeiter des Dominiums Magnis ein neugeborenes Sechsmontatenskind tot auf. Von der Mutter des Kindes fehlt jede Spur.

Neumarkt. Schulpeisung. Der Winterhilfsauschuß, dem auch die Arbeiterwohlfahrt angehört, hat in seiner Sitzung vom 21. 11. 32 beschlossen, wie im vorigen Jahre auch an den beiden Volksschulen wiederum eine Schulpeisung für 100 Kinder während der Schulzeit durchzuführen. Die Kinder erhalten ab 1. Dezember 1932 täglich Kalbs mit Bröckchen, sowie an 2 Tagen Kartoffelsuppe mit Wursteilage. Es ist sogar geplant, einer größeren Anzahl von Kindern ein warmes Mittagessen am Unterrichtsschluß zu verabfolgen, falls die Stadt die hierfür bereits bewilligten 500 Mark zur Verfügung stellt.

Sozialdemokratische Partei

Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt/Nimpsch
Sekretariat: Margaretenstr. 17, Gartenhaus (Neubau), Zimmer 170-174
Telephon 59060, 59061
Sprechstunden: Dienstag, Mittwoch, Freitag von 9-11 u. 16-18 Uhr

Mittwoch, den 23. November, bei Grieger, Frauenabend, 20 Uhr. Wir erwarten, daß alle Frauen erscheinen.

Groß-Mochern. Mittwoch, 23. November, 8,30 Uhr, öffentliche Erwerbslosenversammlung. Redner: Genosse Schiffer. Erwerbslose, auch aus der Umgegend, erscheint restlos.

Brodau. Der Elternabend der S.M.Z. wird am Sonnabend, dem 26. November, als geschlossene Veranstaltung für Mitglieder der Eisernen Front durchgeführt. Wir bitten alle Genossen der Eisernen Front, an diesem Abend restlos zu erscheinen.

Arbeiter-Sport

Kulturvereine
Schachnachrichten. Sonntag, den 27. November, 9 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Zimmer 7/8, die dritte Runde der Verteilungswettkämpfe statt. Es spielen: Nord-Altendort, Ost-Gräßchen, Nikolaitor-Zimpel, Straßenbahn-West. West kommt an diesem Tage spielfrei. Allen Schachfreunden zur Kenntnis, daß das Schachheim jeden Sonntag von 17 bis 23 Uhr geöffnet ist. Gäste sind stets herzlich willkommen.
Freie Menschen. Am 27. November, Abend 6 Uhr, im Heim außerordentliche Mitgliederversammlung.

Konzerte - Theater - Vergnügungen

Stadtheater (Opernhaus). Franz v. Süsslin dirigiert die heute Dienstag, 20 Uhr, stattfindende Aufführung des von Intendant Dr. Hartmann neu inszenierten „Der Teufelsreiter“ mit Harry Bauer in der Titelpartie. Der mit bedeutendem künstlerischem Gehalt erhaltene „I dom e e o“ der Neufassung von Balletmeister und Richard Strauß erscheint Donnerstag, 20 Uhr, wieder auf dem Spielplan. Freitag 20 Uhr: „M i c h e l e“.
Lokaltheater. Der große Heiterkeitsfolg: Spatelescares „K o m ö d i e i n T r a n g e n“, in der Neufassung von Hans Kralje, gelangt nach bis einschließlich Freitag, täglich 20,15 Uhr, zur Wiederholung. Mittwoch findet die 25. Aufführung des Perles in Anwesenheit von Hans Kralje statt.
Gerhart-Hauptmann-Theater. Gerhart Hauptmanns Berliner Tragikomödie „Die Katteln“ kann nur noch bis einschl. Donnerstag, täglich 20,15 Uhr, gegeben werden. Freitag beginnt das Gastspiel des Münchener Studenten-Ensembles „Die vier K a t h r i n e n“, für das bereits lebhaftes Interesse besteht. Die Aufführung gelangt die literarische Pötte mit Gesang und Tanz „S i e i t e r G o e t h e“. Keine erhöhten Preise!
Schauspielhaus (Operettenbühne). Heute Dienstag und die folgenden Tage, 10,30 und 20,15 Uhr, wird Walter Kolos melodische und sehr jugendliche Operette „Drei arme kleine Mädchen“ mit den bewährten vorzüglichen und von Presse und Publikum anerkannten Kräften des Schauspielhauses aufgeführt.

Antlicher Wetterdienst des Meteorologischen Observatoriums Breslau-Krieten

(Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten)
Durch Föhnwindung sind in Schlesien bei vielfach aufsteigendem Wetter die Temperaturen teilweise bis fast 10 Grad angekliegen. Nachts kommt es durch Ausstrahlung im Flachlande sowie in den Kesseltälern der Gebirge zu leichten Frösten. Die Föhnwinde hält vorläufig noch an. Doch dürften die von W.-N. her vorrückenden Störungen sowie Mittelmeerstörungen später auch bei uns zu einer Bemölungsnahme und einzelnen Niederschläge hervorzuführen. Die Temperaturen werden weiterhin ziemlich hoch.
Aussichten für das nächste Flachland: Zunächst noch teilweise föhnig-aufsteigendes Wetter, später allmähliche Bemölungsnahme und einzelne Niederschläge, noch immer ziemlich mild.
Aussichten für das nächste Mittel- und Hochgebirge: Südlücher Wind, neblig-bewölkt, später einzelne Niederschläge, zunächst noch ziemlich mild.
Sonnenaufgang: 7,32 Uhr — Sonnenuntergang: 15,59 Uhr.

Wegweiser für die Arbeiter-, Angestellten- und Beamtschaft zum Vorteil!

zur praktischen Lösung aller täglichen Bedarfsfragen und

Für Bastler
alle Kehl- und Schnitzelstern - Laubsäge- u. Sperrholz - Drechslerwaren u. Möbelaufgaben am billigsten bei
Paul Stephan Mossergasse 10-13

JULIUS PERL
BAUMEISTER
Breslau, Charlottenstraße 40
Fernsprecher 807 31
Bauberatung kostenlos
Neu- und Umbauten, Reparaturen
Fassadenabputz, Leitergerüste, Zimmerlei

Schuh-Holz
Blücherplatz 4
Richard Scholz Ofen- und Herden- u. Baugeschäft
Breslau 10, Weissenburger Straße 8
empfiehlt sich für alle einschlägigen Arbeiten

Moderne Drucksachen unter Verwendung von Qualitatspapieren liefert billigst die
Volkswacht-Druckerei

Hausfrauen kaufen prima Fleisch- und Wurstwaren stets bei
Ernst Heide
in der Rittermarkthalle
Stand 26

Im Osten und Südosten

Jeder Werktätige kauft am besten und billigsten im
Sika-Waschehaus
Inh.: R. Kalls
Herren-Hunkel * Wäsche * Strampfe * Trikotasen
Klosterstraße 13 Ecke Feldstraße
5% Sonder-Rabatt erhalten
o Vorzeiger dieser Anzeige!

Eisenwaren u. Wirtschaftsartikel kaufen Sie zu niedrigsten Preisen bei
Noster & Moesner Brudersstraße 38
Ecke Taubentienstr.
Alle Buchbinderarbeiten sauber und billig durch die
Volkswacht-Buchdruckerei

Joh. Hammerling Grünstraße 15
Ecke Palmstr.
Edska-Geschäft
Kolonialwaren * Weine * Spirituosen
Buchdruckerei Volkswacht Breslau 2
Friedrichstraße 4/6

Fritz Kaps Klosterstraße 7
ff. Fleisch- und Wurstwaren
Brillen + Kneifer in jeder Ausführung erhalten Sie bei
Optiker Arjur Schwarzer 26 Klosterstraße 26
Krankenkassen-Lieferant

Im Westen

Schuhhaus FRIDA HANDKE
Leuthenstraße 28
lahrt nur
Qualitatswaren
bei billigsten Preisen!

Breslau 6
Georg Eckstein / Spedition
Friedrich-Wilhelm-Straße 24 — Sammelruf 230 44
Ausführung sämtlicher speditionstechnischen Arbeiten

Arbeiter, Angestellte, Beamte! **Unterstützt den kleinen Gewerbetreibenden**
durch den Besuch der
Zentral-Gaststätte und Ballsaal
Westendstr. 50/52. Tel. 284 27. Beste Bewirtung Sonntags
TANZ Vorzeig. d. letzten Wochenabteilung d. Volkswacht.
haben bis 7 Uhr abds. zum Tanz freien Eintritt

Karl Borst jun. Steinarmer Straße 12a
Fahrräder, Motorräder, Nähmaschinen, Sprechapparate
Reparaturwerkstat. — Teilzahlung gestattet.

Franz Rzebnicka
Breslau 6, Altonstraße 48, Ecke Leuthenstraße
Kolonialwaren
Bekannt durch beste Qualität
billigste Preise, bester Rabat

Paul Gebauer
Passauer Straße 27 / Filiale Frankfurter Straße 31
Kolonialwaren, Konserven
Spez. Kaffee (Eigene Rösterei)

Kolonialwaren, Molkereiprodukte
beste Qualität: billigste Preise
Alfred Koppert, Westendstraße 58

Kolonialwaren
Eigene Kaffeerösterei
R. & J. Lux
Anderssenstr. 2 u. Leuthenstr. 52

Schmelz ist und bleibt billig!
Friedrich-Wilhelm-Straße 25

Buchhandlung Volkswacht
Modernes Antiquariat
Breslau, Flurstraße 4/6

Möbel in größter Auswahl zu billigsten Preisen
Dawid Friedrich-Wilhelm-Straße 9
am Wachtplatz

Berücksichtigt
unsere Inserenten

Doget-futter Riffer Kolonialwaren
Friedrich-Wilhelm-Str. 53, Ecke Friedrich-Karl-Str.
Gaststätte Hermann Ripke
Familienlokal Frankfurter Straße 174

Geld auf Pfänder Gelegenheitskäufe
Leibhaus Rose
Friedrich-Wilhelm-Straße 61, Telefon 536 12
u. Brandenburger Straße 24, Telefon 396 24

Molkerei Emanuel Ksoll Tel. 592 24
empfiehlt Voll-, Mager- u. Buttermilch, Butter, Weis- u. Fettkäse in allerster Qualität aus eigener Molkerei.
Ferner stets frisch zu den billigsten Tagespreisen alle Spezial-Fett- und Magerkäse in den Geschäften
Aisenstraße 21

Herren-Friseur Erich Gude
Barenstr. 22
im Hause des Legator Brauerol-Ausschank

Im Norden u. Nordosten

Nur Qualitatswaren kaufen Sie sehr preiswert im
Schuhhaus Lewkowitz
Breslau, Scheinwager Str. 25

Wenn **MÖBEL** dann von
Richard Karsunky & Co.
Rosenthaler Straße 2, Ecke Matthiaststr.
In Geldnot hilft
Leibhaus Julius Grundmann
Trebmitzer Straße 21
Schuhwaren aller Art, für Damen, Herren u. Kinder kauft man nur beim **Leibhaus**
E. Sonnabend, Leibhaus 22
Reparaturen schnell und billig!

Fisch Aberle
Mathiasstr. 159
Zigaretten, Zigaretten, Tobake anerkannt beste Qualität
Wilhelm Gondeck Olsingerstraße 13
Telefon 444 25
Hausfrauen kaufen die bekannt guten Fleisch- und Wurstwaren stets bei
Albert Simich, Hedwigstr. 21, Ecke Sternstr.

Beste **Fleisch- und Wurstwaren** kaufen Sie bei
Max Galler!
Gortrudenstrae 1

Feine Fleisch- und Wurstwaren bei **K. Klompke**, Hirschstraße 70

Grau Boddins Geständnis

Am Montag hat die der Kindesmishandlung beschuldigte Frau Boddin aus Berlin N., die ihre sechsjährige vorzeitliche Tochter von der Grenzstraßenbrücke warf und vom Zuge überfahren lassen wollte, um sich in den Genuss einer Versicherungsprämie zu setzen, das Geständnis ihres graufigen Verbrechens wiederholt und ergänzt. Nach diesem Bericht wollte Frau Boddin die kleine Rosemarie am Abend des 11. November zunächst im Landwehrkanal ertränken. Sie behauptet, daß sie an der Tiergartenschleuse bis zu den Knien im Wasser gestanden und das Kind vor sich her gestoßen habe. Es seien jedoch Leute hinzugekommen, so daß sie die Beobachtung der Tat fürchtete. Zum zweiten Male wollte Frau Boddin das Kind am Mühlfließ, zum dritten Male am Teltowkanal ins Wasser stoßen. Auch diese Versuche mißlang. „An der Grenzstraßenbrücke“, erzählt nun Frau Boddin, „kam es über mich. Dort faßte ich den Entschluß. Ich hob Rosemarie in die Höhe und forderte sie auf, sich mit den Händen am Geländer anzuheften. Dann padte ich das Kind an den Fußhaken und warf es hinunter auf die Gleise. Ich hörte noch den dumpfen Aufprall.“

Die Annahme, daß Rosemarie Boddin einem Sittlichkeitsverbrecher zum Opfer gefallen sei, ist mit dem Geständnis der Mutter endgültig widerlegt. Ebenso besteht offenbar keinerlei Zusammenhang zwischen dem an dem Kinde verübten Verbrechen und der Tatsache, daß neben dem Kinde auf den Gleisen eine Türöffnung lag, die von Einbrechern in einer nahe gelegenen Mädchenschule herausgeschnitten worden war. Der Verdacht gegen die Frau des Postkassiers Boddin wurde zuerst durch die erschreckende Angst, die das Kind vor seiner Mutter empfand, wachgerufen. Noch als Rosemarie nach der Einlieferung ins Krankenhaus halb bewußtlos war und ihm die Blase entleert werden mußte, wobei die Bettwärterin ein wenig beschämt wurde, jammerte das Kind im halben Delirium: „Mutter, ich kann doch nichts dafür, ich kann doch nichts dafür.“ Der Verdacht verstärkte sich dann durch die eifrigen Bemühungen der Frau Boddin, das Kind unter allen Umständen aus dem Krankenhaus und aus der Beobachtungssphäre der Ärzte und der Polizei herauszubekommen.

Der seit einem halben Jahr arbeitslose Postkassierer Boddin scheint von der Tat nichts gewußt zu haben; er ist am Montag abend aus der Haft entlassen worden. Als Boddin seine Frau, eine gekorene Proletka, heiratete, hatte er bis dahin auch nicht gewußt, daß sie vor dem ihr Geld durch Prostitution verdient hatte, noch war ihm bekannt gewesen, daß sie die Mutter eines zweijährigen Kindes war. Die kleine Rosemarie Proletka war zur Zeit der Eheschließung der Mutter in einem Waisenhaus untergebracht. Als das Kind ins Haus der Mutter kam, begann sein Leidensweg.

Der Stiefvater, jagen die Hausbewohner übereinstimmend aus, hat das Kind stets gut und liebevoll behandelt. Die Mutter schlug jedoch die kleine Rosemarie oft derart, daß man wochenlang die Spuren ihrer Roheiten sah. Wenn die Mutter aus Andeutungen erfuhr, daß Rosemarie den Hausbewohnern etwas erzählt hatte, wiederholte sie die Züchtigungen, so daß das Kind schließlich vollkommen eingeschüchtert wurde und nichts mehr von den häuslichen Vorgängen verriet. Die Postler, die von verschiedenen Seiten auf die Mißhandlungen aufmerksam gemacht wurde, verlor Frau Boddin ebenso schamlos zu lächeln wie ihren eigenen Ehemann, der die Behauptungen der Hausbewohner für Klatsch, ihre Anzeigen für grundlos hielt. Boddin glaubte auch seiner Frau, daß ihre täglichen Vormittagsausgänge zu denen sie Rosemarie stets mitnahm, der Arbeitsuche dienten. In Wahrheit zog Frau Boddin stets dem Kinde in einem Hausflur die Kleider aus und alte zerrissene Sachen an, um auf diese Weise den mitteilbareren Eindruck zu erheben, wenn sie — mit Rosemarie von Haus zu Haus zog und auf den Höfen lang. Das Geld, das dem sonderbaren Paar zugeworfen wurde, setzte Frau Boddin stets in der nächsten Kneipe in Bier und Schnaps um.

Selbstverständlich wird die kleine Rosemarie, deren Genesung langsam fortschreitet, nicht wieder ins Elternhaus zurückgebracht werden. Die Stadt Berlin wird vermutlich ihre Erziehung übernehmen.

Die Berliner Postkassiersfrau Boddin, der nachgewiesen werden konnte, daß sie an ihrer sechsjährigen Tochter ein schreckliches Verbrechen begehen wollte, hat bereits einmal auf entsetzliche Weise versucht, ihr Kind ums Leben zu bringen. Damals zwang sie ihre Tochter Rosemarie, Stednadeln zu schlucken. Bei Bekannten wurde der Kleinen plötzlich übel und unter heftigem Erbrechen spie sie mehrere Stednadeln aus. Als der Kriminalbeamte die Frau nach diesem Vorfall befragte, brach sie in hysterisches Lachen aus und gab unnumwunden zu, daß sie das Kind schon damals befehligen wollte, um in den Besitz der Versicherungssumme zu gelangen. Ihre Tochter habe Halsweizen gehabt und vom Arzt Tabletten verordnet bekommen. Diese Tabletten habe sie, die Mutter, dem Kind später zusammen mit einem Paket Stednadeln zu essen gegeben. Außerdem scheint es, daß die Frau schon einmal versucht hat, ihren Mann zu töten, nach dessen Schilderung die Verbrechenin, als er schlief, die Gasöhne in der Wohnung geöffnet hat und dann mit dem Kinde fortgegangen ist. Er habe die Angelegenheit anfänglich auf eine Unvorsichtigkeit seiner Frau zurückgeführt, bis ihm Rosemarie eines Tages sagte: „Die Mama wollte dich totmachen.“ Ueber diesen Fall ist die Frau noch nicht befragt worden.

Gontards Engländer

Im Leipziger Landesverratsprozeß wurde am Montag die Vernehmung des Generaldirektors von Gontard des Hauptbelastungszeugen des Angeklagten Bullerjahn, fortgesetzt. Der Verteidiger des Angeklagten sprach von der Version, nach der Herr v. Gontard in einem englischen Klub, hinter einer Zeitung verborger, nur per Zufall ein Gespräch über das angebliche Verratsangebot mit angehört haben soll. Der Zeuge bestritt die Wahrheit dieser Erzählung.

Zusätzlich kam die im Oktober 1931 ausgesprochene eidliche Aussage des Kriminalkommissars Göpner zur Verlesung. Es heißt darin: „Mir hat Dr. von Gontard immer nur etwas von einem Vertrauensmann erzählt. Ich hatte den Eindruck, daß dieser Vertrauensmann ein guter Bekannter Gontards und zwar ein Engländer war.“ Von mehreren Engländern, so heißt es in dem Protokoll weiter, habe der Zeuge niemals gesprochen.“

Der Vorsitzende hält nun Herrn v. Gontard vor, daß der Wortlaut des verlesenen Protokolls mit den Gontardschen Behauptungen im jetzigen Prozeßhause nicht übereinstimme. Der Zeuge hätte von mehreren Personen gesprochen. Außerdem ergäben sich noch weitere Widersprüche. — Es kommt dann noch bei den Erörterungen der Vorgänge am 23. Dezember 1924, den Bullerjahn nicht mit Landesverrat, sondern mit — Vorberetzungen zu einer Weihnachtsfeier verbracht haben will, zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen dem Angeklagten und dem Zeugen. Is r r Vorsitzende den Angeklagten um Klärung bitten, erwidert Bullerjahn: „Sie können mir nicht

verdanken, daß ich in einem verärrtigen Tone gegenüber einem Generaldirektor spreche, dem ich 15 Jahre Zuchthaus zu verdanken habe!“

Kapitalisten als Genossenschaftler

Gefängnisstrafen für Direktoren und Prokuristen

Vom Landgericht Hagen wurden nach dreiwöchentlichen Verhandlungen die für den Zusammenbruch der „Genossenschaftlichen Eisenhandlungen“ verantwortlichen Direktoren und Prokuristen abgeurteilt. Lippold und Thäner erhielten fünfzehn bzw. neun Monate Gefängnis sowie 7000 und 3000 Mark Geldstrafe. Belber und Dr. Treutrup erhielten Geldstrafen. Dr. Kauermann wurde freigesprochen.

Die von den Schuldigen zugrunde gerichtete Firma war ein genossenschaftlicher Zusammenschluß von Eisenhändlern. Der monatliche Umsatz betrug zwei Millionen Mark. Durch Fehl- und Spekulationsgeschäften ging das Unternehmen zugrunde. 1800 Gläubiger verloren ihr Geld und wurden teilweise ruiniert. Das Ende war dieser Aktienprojekts, bei dem die Angestellten wegen Aktien, Kontroversen, Unreue und Wechselfälligkeiten jenen Weg gegangen sind, den auch die Finanzdirektoren, die Banken, die Raiffeisendirektoren, die Leiter der Danat, der Schultzeibrauerei und zahllose andere nationalen Wirtschaftsführer beschritten haben und der kennzeichnend ist für den Verfall des Kapitalismus.

Das Erdbeben in Westdeutschland

Kein Anlaß zu Befürchtungen

Der Erdstoß, der sich in der Nacht zum Montag in ganz Westdeutschland und in Holland bemerkbar machte, hat die Bevölkerung in große Aufregung versetzt. Schon in den frühesten Morgenstunden setzte ein telefonischer Ansturm auf Zeitungen, Wetterdienststellen und Nachrichtenbüros ein, die jedoch jede Besorgnis zerstreuen konnten. Von sachmännischer Seite wurde erklärt, daß es sich um ein tektonisches Erdbeben gehandelt habe, das seinen Herd wahrscheinlich im Rheintal haben dürfte.

Unter dem neuen System

Die Bälle krachen wieder

Unter dem Dröhnen von Ballekräften wurde am Sonntag die Einweihung der neuen Rheinbrücke zwischen Mannheim und Ludwigshafen vollzogen. Der Festakt fand vor dem Pfalzhaus in Ludwigshafen statt.

Als erster Redner ergriff der Oberbürgermeister der Stadt Ludwigshafen, Dr. Carius, das Wort. Er betonte in seiner

Rede, daß die Pfalz Grenzland geworden und dadurch in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung stark gehemmt sei. Ueber der Brücke für den Osten blicke die für den Westen nicht vergessen werden. Reichsbahndirektor Loeber gab einen geschichtlichen Überblick seit der Erbauung der ersten Brücke zwischen Mannheim und Ludwigshafen im Jahre 1867.

Sarrasani in Not

Zirkus Sarrasani in Dresden teilt mit, daß das Unternehmen am Donnerstag geschlossen werde und keine Zahlungen mehr leisten könne. Das gesamte Personal mit Ausnahme desjenigen, das zur Pflege der Tiere und Abwicklung der Geschäfte gebraucht wird, werde entlassen. Die Löhne und Gehälter könnten vorläufig nicht gezahlt werden. Das rigorose Vorgehen der Dresdener städtischen Behörden habe den Zusammenbruch herbeigeführt. Im übrigen hoffe man, daß ein Darlehen der sächsischen Regierung ein Gastspiel in Berlin ermöglichen werde, wo sich mehr Verdienstmöglichkeiten als in Dresden ergeben. Falls dann das Reich, worüber ebenfalls verhandelt werde, eine Jahresgarantie leiste, werde der Zirkus im nächsten Jahre in Südamerika ein etwa neunmonatiges Gastspiel durchführen.

Zirkus Sarrasani beschäftigt gegenwärtig noch etwa 350 Mann. Die täglichen Kosten übersteigen die Einnahmen um das Zehnfache. Mit der Sowjet-Regierung schweben Verhandlungen wegen Ankaufs des Zirkus.

Erschoren

In der Nähe von Osterburg (Altmark) wurde der Leichnam eines etwa 50jährigen Mannes gefunden. Nach ärztlicher Bestimmung ist der Tote ein Opfer der Kälte.

Neuer Finanzskandal in Paris

Eine neue Skandalaffäre, die dritte in letzter Zeit von der Finanzabteilung der Pariser Staatsanwaltschaft aufgedeckt worden.

Der Graf de Chabignat zahlte als Pariser Vertreter der Genfer Bank Lombard, Odier und Co. die Kupons ausländischer Wertpapiere aus, ohne daß er die achtprozentige Steuer einbehielt. Der Untersuchungsrichter nahm unermutet eine Hausdurchsuchung bei dem Grafen vor, in deren Verlauf mehrere Kunden telefonisch anfragten, ob sie ihr Geld abholen könnten. Der Beamte, der die Gelddrähe entgegennahm, forderte sie auf, sofort zu kommen. Fünf Kunden folgten dieser Aufforderung. Sie legten bei ihrem Erscheinen ein umfangreiches Geständnis ab. Der Untersuchungsrichter beschlagnahmte eine Liste, in der sämtliche Kunden, etwa 400, eingetragen sind und die der Graf in einem unbewachten Augenblick verschwinden lassen wollte. Gegen den Grafen wird demnächst Anklage wegen Steuerbetrugs erhoben werden. Gegen zwei Angestellte der Genfer Bank, die vor kurzem nach Paris gekommen sind, um dem Grafen die notwendigen Geldmittel für die Auszahlung zu überbringen, ist Haftbefehl erlassen worden. Bisher konnten die beiden Schweizer noch nicht gefaßt werden.

Totenfeier in Berlin



Das Ehrenmal Unter den Linden in Berlin war am Totensonntag das Ziel der verschiedensten Organisationen, die durch Ansprachen und Niederlegung von Kränzen die Toten des Weltkrieges ehrten. Auf unserem Bilde marschiert eine Abordnung des Reichsbanners zur Totengedenkfeier am Ehrenmal.

Gambo und Jocko eine lustige Löwengeschichte

Von G. Th. Notman



Über jetzt muß der Karl doch hinaus, halbmöglich, ehe der Bijou seinen Angriff wiederholt. Seht, da! Im Raum nebenan steht der Langhals, der neugierig übers Gitter schaut. Hopla! Als wenn die Giraffe über den Kopf stehe, lauk der tapfere Vetter mit einem tollkühnen Sprung über den Kopf des erschauerten Tieres hinweg! Welch herrliches Schauspiel für einen Sportliebhaber. Schade, daß kein solcher anwesend war.



Dann . . . rrr! Den steilen Giraffenrücken wie eine Robelbahn benützend, saukt der Vetter hinunter bis er schließlich in den Staub rollt. Er ist gerettet! Zweifellos! Denn Langhals ist ein ganz braves und sanftmütiges Tier, das in seinem ganzen Leben auch nicht das kleinste Stüchchen Menschenfleisch verzehrt hat.

„Weißgluthike“ bei Luettgebrune

Ein notwendiges Nachwort zu Reichenbach

Während Herr Regierungsrat Hitler in Berlin noch über Regierungsbildung verhandelt, wurden und werden überall in deutschen Landen die kriminellen Vorläufer dieses politischen Machtwortens abgemittelt. In Ostpreußen, Pommern, überall tritt uns in Strafprozessen gegen SA-Mitglieder und Führer die Tatsache entgegen, daß in allen Teilen des deutschen Reiches zu gleicher Zeit und mit gleichen Mitteln kriminelle Mordanschläge gegen Andersdenkende, gegen Arbeiter und Arbeiterfunktionäre zum Ausdruck des politischen Kampfes worden waren. Überall stellt man gleichzeitig fest, daß die betreffenden Personen dieser Mordpläne meist rechtzeitig reichlich zu fliehen in der Lage waren, irgendwohin in Nachbarländer, nach Österreich oder in das Paradies des organisierten Arbeiterkampfes, nach Italien, verschoben wurden, also ja erst kürzlich wegen Bombenanschlägen zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. SA-Führer von Eike dem Herzog von Pistoja zum Beispiel des italienischen Nationalismus über die deutschen Südpolster gratulierte.

Der trampschafte Versuch, die blutbespritzten Weiten der Reichsbahnen mit Attentäter weiß zu waschen, mutet daher reichlich überdeutlich an. Immerhin ist es verständlich, daß die Nazipresse als solche, das Attentat auf Paetsche wenn auch nicht mehr in dem „marxistischen Mordanschlag“, so doch in eine „harmlose“ Angelegenheit umzubilden sich bemüht. Weniger verständlich aber erscheint es, daß der Rechtsanwalt Dr. Luettgebrune hierbei tätige Beihilfe leistet und in einem Artikel, der dieser Tage in der schlesischen Nazipresse erschien — ehemals war die schlesische Zeitung „das bevorzugte Organ für seine Parteipolitik“ — allen Ernstes den Anschlag auf den Genossen nicht nur als harmlosen Scherz darzustellen, sondern sogar noch mit Paetsches journalistischer Tätigkeit als gerechtfertigt zu begründen sucht. Justizrat Luettgebrune wettet da gegen Ausnahmegericht und Sondergericht, gegen die Staatsraison, hier jedoch über die rechtliche Beurteilung gestellt worden ist, nennt diesen Spruch „verderblichstes Unrecht im höheren Sinne des Rechts“ und gibt zu allem noch folgende Sachdarstellung des Falles selbst:

„In Reichenbach in Mittelschlesien sorgte die krankhaft propagandistische Hehrgeschichte eines sozialdemokratischen Lokalabteilungsleiters namens Paetsche durch Schimpfereien und Verleumdungen unbeschreiblichen Formats dafür, daß die dortigen SA-Mitglieder und SA-Führer bis zur Weißgluthike gereizt wurden, und daß sie keine staatliche Stelle sich fand, der Sache durch entsprechende Maßnahmen Einhalt zu tun. Der NS-Nachrichtendienstleiter Jaehnke, der im Besitze einer gemöhnlichen (!) Revolver-Kartusche der 10,5 Zentimeter-Haubdicke war, hatte sich dahin geäußert, daß er mit dieser Kartusche dem Paetsche einen Schuß einjagen wolle, daß er vor der Synagoge gegenüber dem Wohnhaus des Paetsche eine Knalldemonstration ausführen werde, um Paetsche endlich aus Reichenbach hinausjzutreiben.“

Der Genosse Paetsche wird sicher mit Verwunderung zur Kenntnis nehmen, daß er als Journalist nach nationalsozialistischem Urteil ein „unbeschreibliches Format“ hat, aber er wird

sich schwerlich davon überzeugen, daß sein Tätigkeitsfeld Reichenbach ist. Die Redaktion des „Proletarier aus dem Culengebirge“ ist nämlich in Langenbielau, das als bedeutende Arbeiterwohnortsgemeinde überhaupt den Mittelpunkt der dortigen Arbeiterbewegung darstellt. Allenfalls hätten sich also nur die Langenbielauer Nazis zur Weißgluthike emporregen können, bis sie zu dem ganz unschädlichen Schießpulver griffen, um dem niederträchtigen Sozi das Laufen zu lernen. Es hat sich ja auch tatsächlich jemand in Langenbielau aufgeregt, nämlich der Ortsoberrichter Podolski, der Paetsche den bekannten Drohbrief schrieb, aber neuerdings irgendwo bei einem Landpastor als Bettler oder unter südlichem Himmel heldenmütig abzuwarten scheint, bis politische Machtverhältnisse für entsprechende Straffreiheit sorgen.

Uebrigens, Herr Rechtsanwalt, gibt es nicht in Deutschland noch andere Mittel als „gewöhnliche Artillerie-Kartuschen“ mit harmlosem Schießpulver gefüllt, um „Schimpfereien und Verleumdungen unbeschreiblichen Formats“ abzuwehren? Wie wäre es um die wirtschaftliche Zukunft Ihres Standes bestellt, wenn es statt Beleidigungsklagen nur noch Auseinandersetzungen gebe, wie sie Herr Jaehnke aus Reichenbach beliebte. Und haben Sie vielleicht schon einmal nachgeprüft, ob einer der an diesem Anschlag beteiligten Personen von Paetsche in „unbeschreiblichem Format“ beleidigt, verleumdet wurde? Halten Sie es überhaupt als nationaler Mann und als Jurist für einen erstrebenswerten, für einen Normalzustand sozusagen, wenn die „Weißgluthike“ persönlich oder auch politischer Erregung stets und immerdar etwa mit solchen harmlosen pulvergefüllten Kartuschen (wie mag es schon gekommen sein, daß der Druck von der Hand Jaehnkes auf den Dedel schon genigte, um die Eisenwand der Kartusche zu zerreißen, obwohl ihr Inhalt doch gar nicht explosibel war?) ausgetragen würden? Was würden Sie als Anwalt Ihrer Parteigenossen Laufen sagen, wenn etwa die Arbeiterkraft des Karbunkonzerns in der Weißgluthike ihrer Empörung über die famose Wirtschaft dieser Herrschaften Artilleriekartuschen mit Pulver gefüllt zu nächstlicher Stunde, und sei es auch gegenüber einer Synagoge, Ihren Klienten nachwerfen würden? Sind das die Rechtsbegriffe des erstrebten dritten Reiches? Oder glauben Sie etwa selbst nicht an die von Ihnen beliebte Argumentation?

Man könnte mitunter auf diese solche Gedanken kommen, wenn man sich ihres Bemühens entkunt, sogar den feigen Neuchâtelmord in Parempa als unglücklichen Zufall auszuweisen, wobei sie vor nicht langer Zeit betont antworteten, daß ein Wieder-aufnahmeverfahren die blütenweiße Unschuld des Fremdenlegionärs Gräupner und seiner Kumpane erweisen solle. Was ist aus diesem Verfahren geworden? Es ist so selbst still geworden um die Kampfkameraden des Regierungsrats Hitler. Vielleicht wird es auch um die Beurteilung von Schweidnitz bald still. Herr Heines ist ja durch Immunität vor unangenehmen Folgen bewahrt, Graf Spreiti und Herr von Obernig können ebenfalls bald unter ihrem Schutz aus der

Verbannung heimkehren und die anderen, na ja die andern, haben ja jeder eine Photographie des Herrn Hitler mit allerhöchsteigener Unterschrift und sein Buch „Mein Kampf“ zum Trost und Offiziers-treffen der SA. verlesen bekommen. In der „Positiven Zeitung“ hat Martin Darge diese Tragis des Nationalsozialismus und gleichzeitig die Zusammenhänge dieses Falles treffend geschildert:

„Die für den Gegner bestimmte Bombe reißt einen der vier selbst in Stücke. Die anderen flüchten zu ihren Führern. Man bringt sie zunächst aus dem unmittelbaren Gefahrenbereich der politischen Unternehmung. Aber die Polizei kommt aus den Gedanken, sich zunächst einmal die Führer selbst etwas auf den Näse anzusehen. Die werden jetzt die Unternehmung von den jungen Leute ablenken und sie nach Möglichkeit bedenken — so meint man. Aber nein: Raum daß dem unmittelbaren Vorgehen des einen Gefahr droht, holt er den ersten Attentäter aus seinem Versteck und liefert ihn persönlich dem Staatsanwalt. Als noch andere Führer in die Unternehmung hineingezogen werden, wird auch der zweite der jungen Leute ausgeliefert. Diesmal ist es sogar ein verbandszugehöriger Geistlicher, der sich dazu versteht, mit der ausdrücklichen Begründung, er wolle nicht, daß die Führer verhaftet würden. Der dritte Überlebende des Attentats wird schließlich nach langen Vernehmungen von einem der beiden Mitarbeiter angegeben. Ein Oberführer ist inzwischen mit seinem „Adjutanten“ geflüchtet. Ihnen wird nichts passieren, denn sie kommen in den Reichstag. Zum Trost schreibt er seinem Schützling in die Gefängniszelle einen Brief mit der Mahnung, sich weder zu halten, und der Versicherung, daß auch der „oberste Führer“ mit Solz auf ihn sehe.“

Herr Justizrat Luettgebrune sollte besser bei seinem eigentlichen Beruf bleiben; dem Rechtsanwalt steht auch bei den gewagtesten Behauptungen der Begriff der „Wahrung berechtigter Interessen“ weitgehendst zu, dem Journalisten jedoch in seiner Bewertung der öffentlichen Meinung nicht.

Nichter Lynch in Oberschlesien

Wolfs Schlesiener Landesdienst meldet aus Opatowitz: In Radbus wurde der als Raufbold gefürchtete Viktor Komicko aus Opatowitz, als er bei einem Tanzergnügen die Gastwirtsfrau, deren Sohn und einige Gäste durch kindlings ausgeleitete Messerstücke verletzte, von den übrigen Gästen überwältigt und darauf verprügelt, daß er im Opatowitzer Krankenhaus verstarb.

Tod unter Tage

Im Ostfeld der Königin-Luise-Grube in Hindenburg ging in einem Pfeilerort ein Kohlenblock zu Bruch und begrub den Häuer Karl Klein unter sich. Kl. wurde mit einer schweren Beckenquetschung und einem Oberschenkelbruch ins Knappschaftslazarett gebracht, wo er bald darauf starb.

Hindenburg. Sargzburger Freundschafts-Matth. In der Nacht zum Sonntag veruchte in einem Lokal in der Kronprinzengasse ein Mann, der angeblich, der SA. angehört, eine Theateraufführung der Bismarckjugend durch lautes Schreien und Zuhlen zu stören. Die Aufforderung des Veranstalters, sich ruhig zu verhalten, beachtete er nicht, sondern griff vielmehr den Versammlungsleiter tödlich an. Einige Stahlpfeile entfernten ihn deshalb aus dem Saale. Kurz darauf brang er mit etwa zehn Mann, von denen einige SA.-Bekleidungsstücke trugen, gewalttätig in den Saal ein. Gegen die Gäste wurden Stühle und Biergläser geworfen. Als der Wirt zwei Schredschüsse abgab, flüchteten die Nazis. Polizeibeamte nahmen den Urheber der Schlägerei, der am Kopfe verletzt war und durch Arbeiteramateur verbunden wurde, und noch einen Beteiligten fest.

Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands.
Am 18. November verstarb unser Verbandskollege, der **pass. Werkf. L. S.**
Julius Heyfelder
im Alter von 83 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.
Beerdigung: Diensta., nachmittags 1/4 Uhr, von der Halle des evangel. Friedhofes in Cosel.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Breslau.
Am Sonntag, dem 20. November, um 5 Uhr morgens, verstarb unser Freund und Verbandskollege, der **Gespützer**
Wilhelm Aurisch
im Alter von 53 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.
Beerdigung: Mittwoch, den 23. November, nachmittags 4 Uhr, Kommunalfriedhof in Gräbschen.

Der Kaufmann, der Gewerbetreibende, der Handwerker — überhaupt jeder, der im praktischen Leben steht und ständig mit kaufmännischen Bezeichnungen und Begriffen zu tun hat, braucht täglich das neue
Lexikon des Kaufmanns
2500 Stichwörter Erklärung jedes Fachausdrucks. Auskunft über Buchhaltung, Kalkulation, Statistik, Geld-, Bank- und Börsenwesen, Wechsel- und Scheckrecht, Handelsrecht, Bürgerliches-, Zivilprozess- und Arbeitsrecht, Sozialversicherungen, Steuern, Zölle usw.
3 Mark in Ganzleinen
kostet das 458 Seiten starke „Lexikon des Kaufmanns“. Ein bescheidener Preis für ein so nützliches Nachschlagewerk!
Volkswacht-Buchhandlung
Lurstraße Nr. 4, am Hauptbahnhof

Fundfachen-Versteigerung.
Die Fundfachen aus der Zeit vom 1. April bis 30. September 1932 werden am Dienstag, den 6. Dezember 1932, vormittags 9 Uhr, im Straßenbahnhof I, Lohestraße 72 (frühere Omnibushalle), Lohringang, meistbietend gegen Barzahlung versteigert. Die Bekanntmachungen über die gefundenen Gegenstände haben im Rathaus öffentlich auszuheften.
Verwaltung der Städtischen Straßenbahn.

Jahrgeschäft Gessing & Pohl
Breslau I
Taschnerstr. 20-21, Fernruf 54682
Zahlungslosungen und billigste Belegpreise für alle
Mal- und Zeichenmaterialien
für Künstler, Architekten, Techniker, Lehrer und Schüler

STADTHEATER
Dienstag, 20 bis geg. 23
Der Freischütz
Mittwoch, 19.30 bis gegen 23
Der Zerstörer
Donnerstag 20 bis 22.45
Domeneo

LOBTHEATER
Täglich 20.15 bis 22.10
Mittwoch zum 25. Male!
Komödie der Irrungen
GERHART HAUPTMANN
THEATER
Täglich 20.15 bis 22.45
Die Ratten
Freitag 20.15 (u. täglich)
Spiel der „Der Ständer“
Siege über Goethe
Mit. Postle mit Gejang u. Lenz

SCHAUSPIELHAUS
OPERETTENTHEATER
Telefon 363 00
Tägl. 2 x 16.30 u. 20.15 Uhr
3 arme kleine Mädel
Herr-Brückerbecker
praktisch 2.25, 2.25, 1.95,
Herr-Gammler 95, 75, 58 Pf.
Friedländer, Sonnenstr. 30

Buchdruckerei Volkswacht
BRESLAU
Friedstraße 41a

TAUENTZIEN THEATER
TAUENTZIENPLATZ 11 — FERNRUF 260 28
Kampf den Sorgen!
Können Sie widerstehen, wenn
Anny Ondra lacht?
Probieren Sie's bitte auf alle Fälle!

Sie lachen Tränen über
ANNY ONDRA
Die grausame Freundin
Ein neues Groß-Lustspiel voll Chara, Tempo, Humor und Liebe
Ein Bomben-Lachschlager!
Heute Premiere!
Vorstellungen 5, 7, 9 Uhr

Gesellschaftshaus Silesia Neudorfstraße 34
Heute Dienstag sowie Donnerstag
Vornehmer Tanz

Die „Frauenwelt“ den Frauen zum Lesen, Denken und Schauen!
„Frauenwelt“
eine Halbmonatsschrift für die Frau des schaffenden Volkes. Preis 50 Pf.
Zu bestellen b. allen Zeitungsträgern

Unser billiger
Serien-Verkauf
geht weiter!
Jetzt
haben Sie die beste
Gelegenheit
schöne, praktische
Weihnachtsgeschenke
ganz billig einzukufen!
MESSOW WALDSCHMIDT
G.m. b.H.
Schneeberg
Interesse erregt in unserer Zeitung — den größten Erfolg!

Der Weg des Unrechts

Zum Spiel mit dem Arbeitslosenbeschütz

Das Gutachten der Reichsanstalt über die Durchführung der Hilfsbedürftigkeitsprüfung im Arbeitslosenbeschütz hat bei den für die Sozialpolitik des Herrenreichtums verantwortlichen Stellen wie eine Bombe eingeschlagen. Man kann das verstehen; denn dieses Gutachten ist sicherlich nicht von Leuten geschrieben, die sich bei den Gewerkschaften oder gar bei der Sozialdemokratie beliebt machen wollen. Das Gutachten zeigt durch seine sehr stark betonte Sparmaßnahme und ebenso durch seine kleinen politischen Ausfälle deutlich genug, daß es einer arbeitnehmerfeindlichen Einstellung absolut unverdächtig ist. Aber eben deshalb ist den verantwortlichen Stellen dieses Gutachten so schrecklich unheimlich; denn es hat der Hilfsbedürftigkeitsprüfung, vor deren Einführung die Gewerkschaften gewarnt haben, den Todesstoß gegeben.

Diese Hilfsbedürftigkeitsprüfung ist nicht mehr zu halten. Sie muß fallen.

Aber statt nun einen offensichtlichen Fehler mutig einzugehen und die richtigen Konsequenzen daraus zu ziehen, will man allem Anschein nach den alten Fehler durch einen neuen ersetzen. Wie wir hören, geht man bei den maßgebenden Stellen mit dem Gedanken um, nunmehr ganz allgemein die Bedürftigkeitsprüfung in der Arbeitslosenunterstützung einzuführen. Also nicht mehr Hilfsbedürftigkeitsprüfung nach sechs Wochen Unterstützung durch die Arbeitslosenversicherung, sondern Bedürftigkeitsprüfung gleich von Anfang an.

Haben die verantwortlichen Stellen noch immer nicht eingesehen, daß ihr zum Abbau der Arbeitslosenunterstützung beschrittener Weg ein verhängnisvoller Irrweg war? Das ganze System des Abbaues des Arbeitslosenbeschützes, der vor Jahr und Tag mit der Einschränkung der Leistungen in der Arbeitslosenversicherung begann und durch die Notverordnungen unendlich verschärft wurde, hat Schiffbruch erlitten. Ursprünglich bestand ein Rechtsanspruch. Er wurde eingeschränkt durch die Wartelzeit, durch die Sonderbestimmungen für berufstätige Arbeitslosigkeit, durch Anrechnung von Gelegenheitsverdiensten, Renten und dergleichen, durch Restriktionen des Begriffs der Arbeitslosigkeit, durch Schaffung von Sonderbestimmungen für bestimmte Personenkreise (verheiratete Frauen, Jugendliche usw.) und schließlich kam im Sommer dieses Jahres mit der Regierung der Barone die Einführung der Hilfsbedürftigkeit, die zugleich mit einer Senkung der Unterstützungssätze verbunden war und den Arbeitslosen unter jedes menschliche Lebensniveau herunterdrückte, so daß die Gemeinden gezwungen waren, zusätzliche Unterstützung zu zahlen.

Die Arbeitslosenversicherung war praktisch zur Armenfürsorge degradiert worden.

Hunderttausende bekamen eine schändlich niedrige, hunderthärmliche Unterstützung. In den Stuben, in denen tagtäglich der Hunger zu Werke war, zitterte man lange und nachlässig um die Aubringung der Miete. Dieses Schandding war zugleich ein System vollendetem Irrsinns; denn das ewige Herumdoktern an der Arbeitslosenunterstützung zum Zweck des Abbaues brachte neben unerhörten Ungerechtigkeiten eine unerhörte Verwaltungsmehrarbeit, und die Kosten dafür wurden wieder von den Arbeitslosen getragen. Was an Speise vergeudet wurde, fehlte an der Unterstützung.

Und nun will man immer noch nicht von dem Unrecht und dem Unfug los? Die Unbelehrbaren vergessen allem Vorher nach vor allem eins: fällt nun auch der letzte Schein einer Arbeitslosenversicherung mit der Einführung der Bedürftigkeitsprüfung von der ersten Stunde des Unterstühtungsbezuges an, dann hat die Beitragserhebung völlig ihren Sinn und ihre Berechtigung verloren. Die Beitragserhebung ist heute schon infolge der Beitragsverwendung kaum mehr zu rechtfertigen.

Die Verwendung der Beitragsmittel, wie sie heute besteht, ist ein Skandal. Alles mögliche wird von diesen Beitragsmitteln finanziert, nur nicht die Versicherung, für die sie doch erhoben werden. „Zum erheblichen Teil dienen sie“, wie in der soeben erschienenen neuesten Nummer der „Sozialen Praxis“ Frau Klara Meinel, also ein Kenner der Sachlage, betont, der Finanzierung der Krisenfürsorge und der Wohlfahrtsverordnungsleistungen. Sie werden verwendet nicht nur zur Bezahlung der Versicherung und des freiwilligen Arbeitsdienstes, sondern auch die Verwaltungskosten für den Lohnabbau, der durch die Schlichter durchgeführt wird, werden aus diesen Beiträgen gedeckt. Neuerdings erwartet man von der Reichsanstalt nicht nur Aufwand von Mitteln in der bisher üblichen Form der produktiven Fürsorge, sondern sie mußte jetzt auch dem Reich

5 Millionen Mark für den Wohnungsbau aus ihrem Beitrag aufkommen zur Verfügung stellen. Die Inanspruchnahme der Beiträge für fremde Zwecke hat einen Grad erreicht, der schließlich nicht für möglich gehalten worden wäre. Mit Verzicht hat dies nichts mehr zu tun. Aufrechterhalten wird noch der Schein einer Versicherung, der jedoch die Beitragserhebung keineswegs rechtfertigt.

Eine Beitragserhebung ist nur zu rechtfertigen, wenn sie für eine Arbeitslosenversicherung erfolgt, die diesen Namen auch verdient; denn der Beitrag ist — was vielfach übersehen wird — etwas ganz anderes als eine Steuer; diese kennt wenigstens beim Lohnempfänger eine Freigrenze für das Existenzminimum.

Die Beitragserhebung kennt eine solche Freigrenze nicht. Auch der niedrigste Lohn, auch der des ärmsten Landarbeiters oder Heimarbeiters wird prozentual genau so erfaßt wie das 500-Mark-Gehalt eines Angestellten.

Nicht Erziehung der Hilfsbedürftigkeitsprüfung durch eine allgemeine Bedürftigkeitsprüfung, die man nach bitteren Erfahrungen nun den Arbeitsämtern zuweisen möchte, sondern Wiederherstellung einer stabilen Rechtsgrundlage. Dazu gehört nach der Forderung der freien Gewerkschaften erstens die Ausdehnung des wirklich versicherungsmäßigen Anspruches über die jetzige Dauer von sechs Wochen hinaus, und zwar bis zu der durch die Leistungsfähigkeit der Arbeitslosenversicherung gezogenen Grenze. Das ist eine Forderung, der um so eher entsprochen werden könnte, als ja der Arbeitslosenversicherungsgesetz ohne Anwendung einer unmittelbaren Bedürftigkeitsprüfung zahlreiche Bestimmungen enthält, die wirtschaftlich anderweitig Geschützten ohnedies vom Unterstühtungsbezug ausschließen.

Stellt die Arbeitslosenversicherung wieder her! Auch das ist eine Forderung der Arbeiter an die kommende Regierung.

Warnung vor Privatversicherung

Wartet euch vor dem Beitritt zur Vereinigten Krankenversicherungs-Aktiengesellschaft

Mit großen Versprechungen, unter Ueberreichung sogenannter Aufklärungsschriften, wird in Schlesien zum Beitritt als Mitglied der Vereinigten Krankenversicherungs-Aktiengesellschaft geworben. Wir warnen vor dem Beitritt zu dieser Kasse. Folgender atienmäßig nachweisbarer Vorgang beweist, daß in Zeiten der Not die Hilfe der Aktiengesellschaft nur auf dem Papier steht.

Als das Mitglied Frau H. in B. an einem Krebsleiden erkrankte, und für die Behandlung die Kosten erstattet wissen wollte, wurde ihr folgendes mitgeteilt:

Vereinigte Krankenversicherungs-Aktiengesellschaft

B. 28. 7. 1930.

Frau H. in B.

Nach den Versicherungsbedingungen verlängert sich das Versicherungsverhältnis um ein Vierteljahr, sofern es nicht mit Monatsfrist von einer der beiden Versicherungsparteien zum Ende des Vierteljahres gekündigt wird. Das laufende Versicherungsverhältnis endet mit dem 31. August 1930.

Da wir nicht beabsichtigen, den Vertrag fortzusetzen, kündigen wir Ihnen hierdurch, die unter obiger Nummer laufende Versicherung zum angegebenen Termin.

Eine hierauf beim Aufsichtsrat eingelegte Beschwerde wurde wie folgt beantwortet:

Vereinigte Krankenversicherungs-Aktiengesellschaft. B. 8. 8. 1930.

Frau H. in B.

Bevor wir eine abschließende Beurteilung Ihres Erstattungsantrages vom 4. cr. vornehmen können, bitten wir Sie höflich, die wieder zurückfolgende Rechnung des Krankenhauses nach Ort und Anzahl der Krankheitsbehandlungen genauer spezifizieren zu lassen. Sofort nach dieser vervollständigten Rechnung werden wir Ihnen weitere Nachricht zukommen lassen.

Auf den Schlußsatz Ihres Schreibens bemerken wir, daß wir Ihnen den Grund zu der Kündigung ihrer Versicherung unter obiger Nummer zu unserem Bedauern nicht angeben können.

Hochachtungsvoll
ges. Vereinigte Krankenversicherungs-Aktiengesellschaft.

So sieht es in Wirklichkeit um die vielgerühmte soziale Einrichtung der Vereinigten Krankenversicherungs-Aktiengesellschaft aus. Wenn die Menschen in Not geraten und der Kasse einige Kosten verursachen, wird sofort die Kündigung der Versicherung ausgesprochen, und, wenn das Mitglied die Berufungsfrist von 1 Monat gegen die Kündigung verstreichen läßt, was gewöhnlich infolge Unkenntnis seitens des Mitgliedes geschieht, so sind sie dann um die zu gewöhnlichen Leistungen der Kasse gekommen.

Dieser sehr lehrreiche Vorgang beweist, daß eine zu Ende erkrankte, langjährig versicherte gewesene Frau ohne weiteres durch Ausprägung der Kündigung um ihre Rechte gebracht und der Wohlfahrtspflege ausgeliefert wird.

Wir warnen unsere Ortskrankenkassen-Mitglieder, einer solchen Gesellschaft ihre Ersparnisse zu opfern.

Der Breslauer Steinsekerstreik

Eine Damperei der AGD.

Seit Wochenfrist befinden sich die Breslauer Steinseker und Kammer im Streit. Anlaß dazu gab ein Schiedspruch des Landesrichters, der einen prozentigen Lohnabbau vorschlug. Die Arbeitgeber glaubten sogar, aus einen 20prozentigen Lohnabbau als Weihnachtsgeschenk in den Schoß zu legen, trotzdem innerhalb eines Jahres schon 25 Prozent Lohnabbau vorgenommen wurden. Eine Arbitration im Tarifbezirk ergab eine Ablehnung des Schiedspruches, worauf die Breslauer Steinseker und Kammer geschlossen am 15. November die Arbeit niederlegten, bis auf die beiden Steinseker Grotzer, Gultav, Margaretenstr. und Schmidt, Gultav, Dürghofstr., welche bis heute nicht zu bewegen waren, mit ihren Kollegen Schüller an Schüller zu kämpfen. In der am 16. November stattgefundenen Streikverammlung wurde beschlossen, bei den Arbeitgebern, die Arbeit wieder aufzunehmen, die sich unter schriftlich zur Weiterzahlung des alten Tariflohnes verpflichten, wozu sich auch einige Firmen bereit erklärten, was ihnen auch nicht schwer fallen wird, da solche ausnahmslos behördliche Arbeiten ausgeführt werden, in deren Submissionspreisen der alte Tariflohn entaktuliert ist. Durch die müßtergütige Haltung und Geschlossenheit der Kollegen wurden die Arbeitgeber in nicht geringem Schreck verlegt und beantragten sofort die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches beim Arbeitsministerium, wo die Verhandlungen am 22. November stattfanden. In unverantwortlicher Weise glaubte die AGD, den Streik für Propagandazwecke auszunutzen, indem sie versuchte die Streikverammlung zu sprengen, in der Hoffnung, einen Teil unserer Kollegen durch Händelkasschen und „Rot Front“-Kasse von der Tatkräft der AGD zu überzeugen. Mancher Kollege, der bisher noch mit der AGD, sympathisierte, wurde durch das nachfolgende Verhalten im Streit eines Besseren belehrt. Da die AGD in keiner Weise ausreichend Streikunterstützung zahlen kann, versucht die Zeitung der AGD, ihre im Streit befindlichen Mitglieder in unverantwortlicher Weise in Arbeit zu bringen. Sie gestattete ihren Mitgliedern, ohne schriftliche Erlaubnis des Arbeitgebers zur Fortzahlung des alten Lohnes, in Arbeit zu treten. Zum glatten Streikbruch wurde die AGD, bei einer Firma, wo unsere Kollegen restlos wegen Nichtzahlung des alten Tariflohnes im Streit stehen, indem sie ihrem Mitglied Robert Fabich gestattete, die betreffende Baustelle weiterzuleiten. Außerdem sind dort noch vier weitere Mitglieder der AGD in Arbeit getreten. Es sind dies die Steinseker Walter, Max, Liehr, R., Lukas, Emil und Kawig, Max. Wie dieses schändliche Verhalten mit den sonstigen revolutionären Parolen der AGD zu vereinbaren ist, mag jeder denkende Arbeiter selbst empfinden! Den Mitgliedern der AGD, rufen wir freien Gewerkschaftler aber zu, daß diese Enttäuschung nicht die Letzte sein wird.

Zuversicht in Spanien

Eine Unterredung mit Fabra-Ribas

Spanien ist besser als sein Ruf. Die Republik hat sich gefestigt, und damit bekommt die spanische Arbeiterbewegung immer mehr festen Boden unter die Füße, von dem aus sie den Kampf um soziale Um- und Neugestaltung der Wirtschaft und des Lebens führen kann. Die offenen und heimlichen Feinde dieser Entwicklung haben natürlich das größte Interesse daran, Spanien nach wie vor als einen Herb ewiger Unruhen erscheinen zu lassen. Unser Madrider Vertreter hat daher den Staatssekretär des Arbeitsministeriums, Fabra-Ribas, die treibende Kraft der spanischen Sozialpolitik, gebeten, einmal die jüngsten Streitbewegungen im Zusammenhang mit der Lage des Anarchosyndikalismus zu beleuchten, dessen Streiks in Badajoz und Granada in Gewaltthatigkeiten ausarteten, ja sogar zu einem Sturm auf die Badajozener Arbeitsstätte führten, der von Gebarmetrie zusätzliches Interesse wurde.

In Spanien — erklärte Fabra-Ribas dem Korrespondenten des Sozialdemokratischen Pressebüros — sind in der jüngsten Zeit beständig nicht mehr und nicht schlimmere Streiks geführt worden als in anderen Ländern. Überall gibt es heute unter der Arbeiterklasse, was angeht die bitteren Not der Arbeitslosen und der Lohnkürzungen auch nur allzu verständlich ist. In Spanien gibt es aber noch verhältnismäßig weniger Streikwirren als sonst, schon aus dem einfachen Grunde, weil Spanien bisher von der Krise mehr verschont blieb als andere Länder. Im übrigen werden wir alle Mittel an, um die Krisis bei uns nicht gefährliche Formen annehmen zu lassen, und die Lebensmittel- und Wohnungspreise sind in Spanien so niedrig, daß auch von dieser Seite her ein gewisser Schutz gegen die Krisis besteht.

Wenn trotzdem immer wieder obantastische Gerüchte über innere Kämpfe im Ausland zirkulieren, so hat das seinen Hauptgrund darin, daß bis zur Stunde der Zeitungs-korrespondenzen nicht so viel in Händen von Leuten befindet, die der Republik Spanien nicht wohlwollen. Im Ausland ist es die Agenzia Fabra und im Ausland die Gadas-Agenzia, die den größten Teil der Presse informieren. Fabra befindet sich in kapitalistischen Händen und Gadas war bis vor kurzem aus bekannten Gründen nicht gut auf uns zu sprechen. Kein Wunder, wenn jede auch noch so unbedeutende soziale Bewegung an einem unheimlichen Streit ausgemacht wurde.

Wir hatten in Spanien seit dem Bestehen der Republik wohl einige Tausend Streikbewegungen, die aber fast alle lokal begrenzt und verhältnismäßig unbedeutend waren. Größere Bedeutung hatten nur die Lohnbewegungen in Bilbao und Barcelona. Die Bewegung in Bilbao wurde durch unsere Intervention der gemäßigten Schiedsgerichte recht schnell ausgetragen. Den Kampf in Barcelona wollten die Anarchosyndikalisten für ihre Zwecke ausnutzen. Das hat die Bewegung kompliziert und war für die Arbeiter nicht zuträglich. Immerhin gab es auch hier einen Erfolg, wie überhaupt im ganzen Lande die gemäßigten Schiedsgerichte sich vorzüglich bewährten.

in Spanien viel weniger bedeutend, als vielleicht noch an manchen Stellen im Ausland angenommen wird. Einmal — das will ich nicht leugnen — waren die Jünger Bakunins mit ihrer Theorie der unmittelbaren Aktion der Schrecken des Landes. Dreiviertel Jahrhundert konnten sie, weil das Volk zurückgeblieben war, und unter dem Druck der absolutistischen, klerikalen Monarchie eine führende Rolle im Proletariat spielen. Ihr Uebergewicht verlor sich während des Weltkrieges, als Barcelona zum Sammelplatz der Spione der ganzen Welt wurde. Die Agenten mischten sich um sich besser zu maskieren, unter die Arbeiter, vor allem die der anarchosyndikalistischen Bewegung, um so ihre Spur besser zu verwischen. Als der Krieg zu Ende war, und die Sowjets Gelder gaben, und den Anarchosyndikalismus an sich zu fesseln, wurde das Anarchosyndikat vielfach zum gutbezahlten Beruf vieler Agenten, die plötzlich ohne Crisissen waren. Die Aktion für die unmittelbare Aktion wurde verstärkt; denn schließlich mußte für das erhaltene Geld doch auch etwas geleistet werden. Es entwickelte sich ein Zustand, der nicht mehr in das Gebiet der Soziallogie, sondern in das der sozialen Pathologie gehört — eine Art Rassenkrankheit, die — von Parasiten genährt — zum Banditentum führte.

Da kam die Republik. Das anarchosyndikalistische Element verlor natürlich, die ersten wütenden Zeiten für sich auszunutzen, und wo nur irgend möglich, entlastete es Kämpfe und Unruhen, und die proletarischen Massen, die zum Teil nicht sofort den Charakter des vollengeordneten Bewusstseins verstanden, ließen sich mitreißen. Dann aber setzte die freigeorganisierte Arbeiterbewegung ein: Arbeiterkassen, politische Freiheit, demokratische Umorganisation des Staatsapparates, Arbeiterbildungsinstitutionen, die gemäßigten Schiedsgerichte, die Kammer, die vielen öffentlichen Arbeiten zur Hebung der Wirtschaft und zur Behebung oder Vinderung der Arbeitsnot — all das führte zum Verfall der ungesunden anarchosyndikalistischen Bewegung, einer Bewegung, die nur unter abnormen Umständen geübt werden kann.

Die Demokratie ist der gefährlichste Feind der Verschwörer. Heute muß Bestana, der Führer der Anarchosyndikalisten, selbst zugeben, daß sein Heer seit einigen Monaten um etwa zwei Drittel abgenommen hat. Die Agrarreform wird in Kürze diesen Rückgang verstärken; denn sie wird der Not unter den Landarbeitern ein Ende setzen. Die Fixierung des Anarchismus in Spanien ist somit auf dem besten und sichersten Weg. Dann dem Geheiß über die unabhängigen Arbeiter, das im übrigen keinen fremdenfeindlichen Charakter trägt, sondern lediglich eine Reglementierung bezweckt, wird man den vielen fremden Agitatoren erliegen, auf den Leib rufen können, und auch manchem an den einheimischen Arbeitern seitens ausländischer Unternehmungen angelegten Unrecht ein Ende setzen.

„Und die Kommunisten?“ — Auf diese Frage des SPD-Vertreters antwortete Fabra-Ribas: „Aber Freund, sehen Sie denn nicht selbst, wie wenig die Kommunisten in Spanien bedeuten?“

Wartet ständig für unsere Zeitung!